



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des  
Initiative Keine Bildung ohne Medien!**

**1. Welche bildungsbezogenen Herausforderungen, die sich aus den Transformationsprozessen im Kontext digitaler Medien (vgl. Frankfurt-Dreieck) ergeben, sehen Sie als besonders wichtig an und wie werden Sie ihnen begegnen?**

**8. Welche Schwerpunkte und Ergänzungen würden Sie in Fortführung der “Initiative Digitale Bildung” in pädagogischer Praxis und wissenschaftlicher Forschung setzen, um Bildungsinstitutionen in die Lage zu versetzen, eine zeitgemäße Bildung mit, in und über digitale Medien und Systeme umzusetzen?**

**Gemeinsame Antwort auf die Fragen 1 und 8:**

CDU und CSU begrüßen alle interdisziplinären Maßnahmen, die das Thema digitale Bildung voranbringen. Im Transformationsprozess wächst die Bedeutung digitaler Lehr- und Lernangebote. Daher wollen wir bestehende und neue digitale Bildungsplattformen zu einem bundesweiten und europäisch anschlussfähigen Plattform-System verknüpfen. Für CDU und CSU ist die Plattform Kernstück eines neuen digitalen Bildungsraums für Deutschland und einer Modernisierung der Bildung insgesamt. Es geht darum, allen Menschen – vom Schulkind bis zum Rentner – den Zugang zu digital gestützten Bildungsangeboten zu erleichtern. Einen Schwerpunkt legen wir auf Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. Für die Entwicklung von Prototypen, Curricula und didaktischen Konzepten stellen wir in einem ersten Schritt 150 Millionen Euro bereit.

**2. Mit der Verbreitung von Verschwörungsmythen, Fake News und rechter Ideologien wurde klar, wie wichtig Medienbildung auch für Erwachsene ist. Andererseits gab es aber auch Aufklärung durch politischen Medienaktivismus. Welche Förderungen der Medienbildung haben Sie für eine Teilhabe Aller im Blick?**

**Antwort:**

Alle Bürgerinnen und Bürger müssen Informationen richtig einordnen können, um sachkundig an gesellschaftlichen Debatten und demokratischen Prozessen teilzunehmen. Daher wollen CDU und CSU das Bewusstsein für den Wert seriöser und unabhängiger Informationen stärken – von der Schule, über die berufliche Weiterbildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Hinzukommen müssen eine klare Kennzeichnung werblicher Inhalte,

insbesondere im Internet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist aufgerufen, hierzu einen wesentlichen Beitrag zur Medienbildung zu leisten.

**3. Wie kann die medienpädagogische/-didaktische Aus-/Fortbildung von Lehrpersonen nach den Erfahrungen der Pandemie effektiv realisiert werden? Wie kann pandemiebedingte "Digitalisierungsschub" in der medienpädagogischen Professionalisierung aller pädagogischen Fachkräfte nachhaltig verankert werden?**

**Antwort:**

Es ist die Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen, Kinder und Jugendliche auf ein Leben in der Digitalität vorzubereiten. Dazu gehört zum einen, dass die Schülerinnen und Schüler das lebensbegleitende Lernen als permanente, eigenverantwortlich wahrzunehmende Aufgabe begreifen. Zum anderen müssen die Ergebnisse der Bildungsforschung schneller in der Unterrichtspraxis ankommen. Um insbesondere digitale Kompetenzen umfassend in den Unterricht zu integrieren, wollen wir bundesweite Bildungskompetenzzentren mit dem Ziel aufbauen, lehrerbildende Hochschulen, Forschungsinstitute und Lehrerfortbildungseinrichtungen in den Ländern zu vernetzen und Erkenntnisse der Bildungsforschung direkt für Lehrerbildung praktisch nutzbar zu machen. Die erfolgreich etablierte Qualitätsoffensive Lehrerbildung soll entsprechend inhaltlich weiterentwickelt werden.

**4. Im 15. Kinder- und Jugendbericht wird auf die Bedeutung außerschulischer Jugendarbeit und die Herausforderungen angesichts der Digitalisierung hingewiesen. Welche Konzepte unterstützt Ihre Partei, um die Kinder- und Jugendarbeit bei der Begleitung von Jugendlichen für diese Aufgabe auszubauen?**

**Antwort:**

CDU und CSU wollen mit Präventivangeboten der außerschulischen Bildung Kinder und Jugendliche für Interaktionsrisiken wie Mobbing, Hassrede und sexuelle Anmache sensibilisieren. Dafür stärken wir die Förderung der Medien- und Kommunikationskompetenz als wichtiges Element des präventiven Jugendmedienschutzes weiter und passen ihn an die Entwicklungen des Medien- und Kommunikationsalltages von Kindern und Jugendlichen an.

**5. Mit Facebook und anderen Digitalkonzernen haben sich Player etabliert, die über eine enorme Wirtschafts- und Meinungsmacht verfügen. Anders als der ö.r.-Rundfunk unterliegen diese aber keinerlei demokratischer Kontrolle. Welche Pläne verfolgt Ihre Partei, um die Folgen dieser Entwicklung einzuhegen?**

**Antwort:**

Die Digitalkonzerne unterliegen, wie jedes andere private Unternehmen auch, der demokratischen Kontrolle durch den gesetzlichen Rahmen, der grundsätzlich ein freies Handeln ermöglichen soll, diesem aber auch klare Grenzen setzt. Dieser gesetzliche Rahmen muss regelmäßig auf seine Zweckmäßigkeit geprüft werden. Aktuell werden auf europäischer Ebene der Digital Services Act (DSA) und der Digital Markets Act (DMA) verhandelt, die unter anderem die Marktmacht von Torwächtern (Gatekeepern) thematisieren. Wir werden diese Verhandlungen dafür nutzen, den gesetzlichen Rahmen anzupassen. Wir haben bereits in Deutschland mit dem Digitalisierungs-GWB gezeigt, wie man potenziellen Missbrauch von Marktmacht durch Plattformen verhindern kann.

**6. Mit dem Allgemeinen Bemerkungen zu den Rechten der Kinder in Bezug auf das digitale Umfeld (CRC/C/GC/25) sind Rechte auf unbeschwerter Teilhabe, Schutz und Befähigung formuliert. Welche Maßnahmen wollen Sie vorantreiben für mehr Schutz durch Anbieter und für eine flächendeckende Befähigung?**

**Antwort:**

Mit dem modernisierten Jugendschutzgesetz vom 1.4.2021 sollen Kinder bei ihren Aktivitäten im Internet insbesondere auch vor Cybermobbing geschützt werden. Konkret werden Plattformen mit mehr als einer Million Nutzer in Deutschland dazu verpflichtet, Voreinstellungen vorzunehmen, die Kinder vor Kostenfallen oder der Ansprache durch Fremde schützen. Weiter werden sie verpflichtet, Hilfs- und Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Eltern anzubieten. Außerdem müssen die Plattformen Ansprechpartner für die deutschen Behörden bestimmen. Weitere Punkte beziehen sich auf die Einführung von Hilfs- und Beschwerdesystemen sowie bessere Möglichkeiten für Eltern, die Mediennutzung ihrer Kinder zu begleiten und zu steuern.

Soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram oder TikTok senken die Hemmschwelle, Mitschülerinnen und Mitschüler herabzuwürdigen oder zu bedrohen. Aufgabe von Schule, Eltern und Gesellschaft ist es, aktiv gegen diese Formen des Cybermobbings vorzugehen.

**7. Wie positioniert sich Ihre Partei zu diversitätsgerechten Medienangeboten? Welche Lösungsstrategien für eine inklusive Medienbildung und die Überwindung der digitalen Spaltung sieht Ihre Partei vor?**

**Antwort:**

Für CDU und CSU haben die Themen Gendergerechtigkeit, Diversität und Inklusion einen hohen Stellenwert und sind bei der Umsetzung von Medienprogrammen und -projekten zu berücksichtigen. Dazu gehören selbstverständlich auch der gesamte Bereich der digitalen Medienbildung. Darüber hinaus wollen wir im Rahmen der Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsgesetzes u. a. für Menschen mit Einschränkungen weitere Verbesserungen erreichen. CDU und CSU begreifen Vielfalt als Chance und Erfolgsfaktor für Deutschland.